

Europasymposium des Wirtschaftsrates am 21. November 2011: **EU-Handelspolitik: Wettlauf um die Wachstumsmärkte!**

„Der freie Welthandel gibt wichtige Impulse für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland und Europa. Wenn wir die derzeit verhandelten EU-Handelsabkommen erfolgreich abschließen, kann die EU ihre Wirtschaftsleistung um rund 150 Milliarden Euro erhöhen. Gerade die exportorientierte deutsche Wirtschaft würde wesentlich von der weiteren Liberalisierung der Güter- und Dienstleistungsmärkte profitieren. Der Wirtschaftsrat kämpft deshalb an vorderster Front für offene Märkte und den Abbau weltweiter Handelsbarrieren.“, so der Vorsitzende des Wirtschaftsrates Brüssel, Dr. Ansgar Tietmeyer, zur Eröffnung des Europasymposiums vor über 180 Teilnehmern.

In intensiven Diskussionen mit EU-Handelskommissar Karel De Gucht, Prof. Dr. h.c. mult. Reinhold Würth sowie weiteren hochrangigen Vertretern aus Politik und Wirtschaft forderte der Wirtschaftsrat die Politik zu mehr Mut für offene Märkte, fairen Wettbewerb und freien Handel auf. Im Rahmen seines Europasymposiums hat der Wirtschaftsrat klare Leitlinien für eine wettbewerbsfähige EU-Handels- und Rohstoffpolitik vorgelegt.



EU-Handelspolitik zum Wachstumstreiber machen!

Vor dem Hintergrund der EU-Schuldenkrise spielt der Außenhandel eine entscheidende Rolle, die europäische Wirtschaft neu zu strukturieren und die Nachfrage für unsere Produkte zu stärken. Diesen Herausforderungen muss sich die EU-Handelspolitik stellen. Mit der Einbindung als Kernbestandteil in die EU-Strategie 2020 und ihren zentralen Zielen – Wachstum und Beschäftigung – geht die Europäische Kommission in ihrer

modernisierten Handelsstrategie einen wichtigen Schritt in diese Richtung. Die Handelspolitik wird in den Dienst der Steigerung der externen Wettbewerbsfähigkeit Europas gestellt. Entscheidend ist nun, dass dieser Fokussierung schnell konkrete Schritte folgen. Die weitere Stärkung eines freien und fairen Welthandels durch ambitionierte Handelsabkommen ist wichtig. Kompromisse lassen sich nicht vermeiden, aber Pflichten und Vorteile dürfen nicht einseitig verteilt werden.

Terminankündigungen

10. Februar 2012 in Berlin:

10. Klausurtagung Energie- und Umweltpolitik

mit

Günther H. Oettinger
EU-Kommissar für Energie

Petr Necas
Ministerpräsident der Tschechischen Republik

Dr. Norbert Röttgen MdB
Bundesumweltminister

21. März 2012 in Berlin:

Kompetenzzentrum Deutschland

mit

Dr. Philipp Rösler
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

WR-Kernforderungen:

■ Die EU muss ihr handelspolitisches Gewicht einbringen, um einen Abschluss der Doha-Runde voranzutreiben. Für den Wirtschaftsrat führt der Königsweg zu offenen Märkten über die WTO und ein starkes, regelgebundenes multilaterales Handelssystem.

■ Die WTO muss ein Projekt zur Liberalisierung des Handels bleiben. Die Verhandlungen dürfen nicht durch sachfremde Politikbereiche überfrachtet werden.

■ Die EU sollte über ihre bisherigen Bemühungen um Freihandelsabkommen hinaus auch die Marktbarrieren im EU-US-Handel, bei den Direktinvestitionen und den Dienstleistungen durch weit reichende wechselseitige Öffnung abbauen.

■ Bilaterale Freihandelsabkommen müssen zu einem Nettonutzen für die europäische Wirtschaft führen und eine regelkonforme Marktöffnung, die Reduzierung nicht-tarifärer Handelshemmnisse und den Abbau bürokratischer Importhürden umfassen.

■ Grundsätzliches, wie z.B. der Schutz gewerblicher Schutzrechte, darf nicht geopfert werden. Zu vorschnellen Zugeständnissen dürfen wir uns auch bei wichtigen Partnern nicht überreden lassen.

■ Im Rahmen von bilateralen Vereinbarungen müssen internationale und europäische Standards anerkannt und branchengerechte Ursprungsregeln festgelegt werden.


Rohstoffversorgung als Fundament des Industriestandortes politisch absichern!

Rohstoffe stehen am Anfang aller Wertschöpfungsketten, und innovative Technologien sind nur mit einer verlässlichen Rohstoffversorgung möglich. Geostrategische Risiken, Handels- und Wettbewerbsverzerrungen, staatliche Rohstoffmonopole sowie massive Preisschwankungen beim Rohstoffeinkauf gefährden jedoch zunehmend die Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft. Der EU-Kommission zufolge bestehen derzeit weltweit 450 Exportbeschränkungen für 400 unterschiedliche Rohstoffe. Die hohe Abhängigkeit der europäischen Industrie von Rohstoffimporten verlangt eine stärkere Koordinierung durch die EU. Entscheidend ist es, tragfähige Beziehungen zu rohstoffreichen Ländern aufzubauen, um den Zugang zu Rohstoffen in Partnerländern langfristig zu sichern. Hierzu bedarf es eines noch stärkeren Zusammenwirkens von Wirtschaft und Politik im Rohstoffbereich, um ein internationales level playing field sicherzustellen und einen diskriminierungsfreien Zugang zu Rohstoffen auf den Weltmärkten zu gewährleisten.



WR-Kernforderungen:

■ Rohstoffpartnerschaften müssen politisch weiter gestärkt sowie neue Bezugsquellen und Transportwege erschlossen werden. Hierzu sind europäische und nationale außenpolitische Aktivitäten stärker zu vernetzen, um Investitionen europäischer Unternehmen international zu unterstützen.

■ Notwendig sind mehr Transparenz über die Mitspieler auf den Rohstoffmärkten, über weltweit verfügbare Ressourcen, sowie über die Lieferströme und Preisgestaltung für Rohstoffe.

■ Es muss Schluss damit sein, dass einige Länder gezielt die Ausfuhr von Rohstoffen beschränken, deren Einfuhr subventionieren oder ausländische Staatsunternehmen riesige Monopole bilden.

■ Um eine gleichberechtigte Abwägung der Belange des Natur- und Landschaftsschutzes sowie der Rohstoffsicherheit bei Schutzgebietsausweisungen zu gewährleisten, ist eine Anpassung der EU-Natura 2000-Richtlinie notwendig.

■ Die illegale Abfallverbringung muss durch schärfere Überwachungen minimiert werden, um wichtige Rohstoffe innerhalb der EU zu erhalten.

Erklärung des Wirtschaftsrates der CDU e.V. zum Leipziger Parteitag 2011: Finger weg von politischen Mindestlöhnen!

Die Tarifautonomie als hohes Verfassungsgut hat den Bürgern der Bundesrepublik über 60 Jahre Wohlstand und soziale Stabilität gebracht. Die Verantwortung für die Lohnfindung muss auch in Zukunft dort liegen, wo sie hingehört: Bei den Tarifpartnern. Statt mit politisch herbeigeführten, flächendeckenden gesetzlichen Mindestlöhnen das deutsche Jobwunder zu gefährden, sollten bestehende Instrumente wie das Mindestarbeitsbe-

dingungengesetz angewandt und der Tarifvorrang eingehalten werden.

Der Wirtschaftsrat begrüßt deshalb, dass die Union auf ihrem Parteitag in Leipzig vom 13. bis 15. November einen undifferenzierten, allgemein verbindlichen gesetzlichen Mindestlohn abgelehnt hat.

Die sogenannten massenhaften Armutslöhne werden von Gewerk-

schaften wie Politikern immer wieder als Begründung für staatliche Lohnfestsetzungen herangezogen. Gebetsmühlenartig wird dabei auf die rund 1,3 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland verwiesen, die von ihrem Erwerbseinkommen nicht leben könnten und daher auf ergänzendes Arbeitslosengeld II angewiesen seien – sprich Aufstocker. Diese Argumentation ist eine bewusste Irreführung:

■ Rund drei Viertel der Aufstocker gehen nur einem Mini- oder Teilzeitjob nach (Quelle: BA, 2011). Dass eine Teilzeitarbeit für den vollen Lebensunterhalt oftmals nicht ausreicht, liegt auf der Hand.

■ Die Vollzeit arbeitenden Aufstocker haben meist Familienangehörige mit zu versorgen: Ein verheirateter Alleinverdiener mit zwei Kindern erhält selbst bei 14 Euro Stundenlohn noch ergänzendes Arbeitslosengeld II. Nicht einmal Die Linke fordert einen allgemeinen Mindestlohn in dieser Höhe.

■ Lediglich 11.500 Personen sind als alleinstehende Vollzeitbeschäftigte ganzjährig auf aufstockende Leistungen angewiesen (Quelle: IAB, 2011) – gerade einmal 0,05 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten!

Armut wird in Deutschland effektiv durch das Arbeitslosengeld II verhindert. Hilfebedürftige erhalten sogar ohne jedes eigene Erwerbseinkommen staatliche Transfers, die umgerechnet auf eine Vollzeitstelle für Alleinstehende einem Stundenlohn von 5,30 Euro entsprechen, für Verheiratete mit zwei Kindern 11 Euro. Einschließlich Hinzuverdienst liegt das verfügbare Einkommen pro Arbeitsstunde in jedem Fall über diesen 5,30 Euro bzw. 11 Euro – auch für die viel beschworene sächsische Friseurin!

Zur Wahrheit gehört aber ebenfalls: Jeder Arbeitnehmer, der mit einem sogenannten Dumping-Lohn unterhalb seiner erbrachten Leistung abgespeist wird, ist einer zu viel. Als Gegenmittel ist ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn jedoch denkbar ungeeignet. Denn nur Arbeitsplätze, deren Kosten am Markt erwirtschaftet werden, können auf Dauer erhalten bleiben. Deshalb würde ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro, wie ihn Gewerkschaften und SPD fordern, nach Berechnungen des ifo-Instituts 1,2 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland gefährden. Gleichzeitig würden durch Zahlungen an Arbeitslose und Ausfälle von Steuern und Sozialabgaben die öffentlichen Haushalte mit jährlich 5,8 Milliarden Euro zusätzlich belastet.

Statt auf den Irrweg beschäftigungsfeindlicher flächendeckender staatlicher Lohnfestsetzungen zu verfallen, stehen Gewerkschaften und Arbeitgeber in der gemeinsamen Verantwortung, mit ihren Tarifabschlüssen soziale Verwerfungen zu vermeiden. Wenn jedoch in Westdeutschland mehr als ein Drittel und in den neuen Bundesländern sogar mehr als die Hälfte der Beschäftigten weder nach einem Branchen- noch nach einem Firmentarifvertrag bezahlt werden, müssen alle Alarmglocken schrillen.

Der Wirtschaftsrat verlangt von den Tarifpartnern, dass sie dort, wo es keine verbindlichen Tarifverträge gibt, diese schaffen und dabei regionale Besonderheiten berücksichtigen. Sind Arbeitgeber und Gewerkschaften hierzu nicht in der Lage, brauchen sie sich nicht zu wundern, dass der Staat auf den Plan gerufen wird.

Zur Vermeidung „weißer Flecken“ in der Tariflandschaft hat sich die Große Koalition aus Union und SPD 2009 darauf geeinigt, das Mindestarbeitsbedingungengesetz zu beleben. Seitdem kam es allerdings kein einziges Mal zur Anwendung. Um die Handhabbarkeit des Gesetzes zu verbessern, könnte u.a. auf das in der Praxis nur schwer nachweisbare Kriterium der „sozialen Verwerfungen“ geprüft werden. Nicht erforderlich ist die Schaffung eines weiteren Instruments für Lohnuntergrenzen!

Die Union ist gut beraten, sich auf den Koalitionsvertrag mit der FDP zu besinnen. Darin haben auch CDU und CSU vor gerade einmal zwei Jahren bekannt: „Wir stehen zur Tarifautonomie. Sie ist ein hohes Gut, gehört unverzichtbar zum Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft und hat Vorrang vor staatlicher Lohnfestsetzung. Einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn lehnen wir ab.“

Konstituierende Sitzung der Bundesarbeitsgruppe Innovationsdialog Gesundheitswirtschaft

Wirtschaftsrat gründet neue Arbeitsgruppe: Zur Stärkung von Innovationen in der Gesundheitswirtschaft

„Wenn Wohlstand und Wachstum auf Dauer gesichert werden sollen, können wir es uns nicht erlauben, das enorme Potenzial der Gesundheitswirtschaft als eine der wichtigsten Innovationsbranchen in Deutschland ungenutzt zu lassen“, erklärte der Vorsitzende der neuen Bundesarbeitsgruppe Innovationsdialog Gesundheitswirtschaft, Wolfgang Pföhler, Vorstandsvorsitzender der Rhön Klinikum AG, auf der konstituierenden Sitzung am 29. November 2011.

Weichenstellungen für die Zukunft einer Leitbranche

Die Gesundheitswirtschaft hat die Chance, zur Leitbranche des 21. Jahrhunderts zu werden. Um die erheb-



lichen Wachstumspotenziale auszuschöpfen, sind innovationsfreundliche Rahmenbedingungen nötig, die unternehmerische Freiräume lassen und strukturelle Veränderungen ermöglichen. Doch statt die Innovationsfähigkeit der Branche zu stärken, werden der Wettbewerb und die Leistungsfähigkeit der Unternehmen durch staatliche Budgetierung, ein undurchsichtiges Regulierungsdickicht und bürokratische Innovationshemmnisse zunehmend erstickt.

Gemeinsam Hemmnisse beseitigen

Der Wirtschaftsrat möchte gemeinsam mit den Mitgliedern der AG Innovationsdialog Gesundheitswirtschaft – hauptsächlich aus dem Bereich der Medizintechnik und der Pharmaindustrie – Vorschläge entwickeln, damit die Gesundheitswirtschaft ihr Potenzial entfalten kann und die vorhandenen Hemmnisse in diesen Bereichen beseitigt werden.

In der ersten Sitzung wurden von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe die Haupthandlungsfelder und Beratungsschwerpunkte herausgearbeitet.

Neben den Themen „Datenschutz“ und „Finanzierung von Innovationen“ sollen die Bereiche „Patientenrechtsgesetz“ sowie „sektorübergreifende Telematik-Infrastruktur und Vernet-

zung“ im Mittelpunkt der Arbeitsgruppe stehen.



Ein erster Überblick

Einen ersten Überblick über die Innovationen im Bereich der Gesundheitswirtschaft mit dem Schwerpunkt Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK-Technologien) sowie Telemedizin gab Dr. Jens Finern von der CompuGroup Medical AG. Als Herausforderungen identifizierte er, dass die Akteure im Gesundheitswesen die vorhandenen IuK-Technologien bisher

nur unzureichend nutzten sowie die Schaffung einer sektorübergreifenden Telematik-Infrastruktur und die Vernetzung. Für die schnelle Umsetzung seien die Rahmenbedingungen in Deutschland zu komplex und schwierig, weshalb er die Initiative und die Gründung der Arbeitsgruppe Innovationsdialog Gesundheitswirtschaft des Wirtschaftsrates sehr begrüße, so Finern.

Lösungsstrategien aufzeigen

Auf dieser Grundlage wird die Arbeitsgruppe ein Papier mit den „10 wichtigsten Ansatzpunkten für eine innovative Gesundheitswirtschaft“ erarbeiten. Diese Herausforderungen und Chancen sollen in einem nächsten Schritt dazu dienen, eine kohärente Innovationspolitik für die Bereiche Medizintechnik und Pharmaindustrie zu entwickeln.

Bundesarbeitsgruppe Netz- und Medienpolitik: Expertengespräch mit Bundesministerin Aigner MdB

Internationale Mindeststandards im Datenschutzrecht sind ein elementarer Baustein zu mehr Wettbewerbsfähigkeit und Rechtssicherheit gerade für deutsche Unternehmen. In diesem Punkt waren sich die beteiligten Experten beim Gespräch mit Verbraucherschutzministerin Aigner einig. Gemeinsam diskutiert wurden sowohl drängende netzpolitische Fragen als auch aktuelle Herausforderungen in den Bereichen der Finanz- und Vermögensberatung.

Datenschutz an internationalen Standards ausrichten!

Zunächst standen einheitliche Regelungen im Bereich des Datenschutzes im Mittelpunkt des Expertengesprächs. Deutschland hat im internationalen Vergleich ein sehr hohes Datenschutzniveau. Dies darf den in Deutschland tätigen Unternehmen aber nicht zum Wettbewerbs- oder Standortnachteil gereichen. Der Wirtschaftsrat setzt sich daher nachdrücklich für internationale, mindestens aber europäische Mindeststandards ein.

Die derzeitige unübersichtliche Lage spiegelt sich auch im deutschen Föderalismus wider. Die 16 Landesdatenschutzbeauftragten legen die Datenschutzgesetze unterschiedlich aus.



Die daraus resultierende Rechtsunsicherheit stellt ein massives Problem gerade für den Mittelstand dar.

Als ein mögliches Instrument kann hier die im Koalitionsvertrag vereinbarte Stiftung Datenschutz dienen. Diese könnte verbindliche Maßstäbe für die Auslegung des Datenschutzrechtes entwickeln und deren Einhaltung zertifizieren.

Selbstregulierung der Industrie stärken!

Der Wirtschaftsrat unterstützt die aktuelle Verpflichtung der Branche zur Erarbeitung eines Kodexes für soziale Netzwerke. Bereits seit Jahren betont der Wirtschaftsrat die Vorteile der Selbstregulierung, da das Instrument schnellere und flexiblere Lösungen zulässt.

Berufsbilder und Vergütung in der Finanz- und Vermögensberatung

Der zweite Teil des Gesprächs widmete sich der Branche der Finanz- und Vermögensberater. Hier diskutierten die Experten den Vorstoß des Ministeriums, dass die Honorarberatung an die Seite der provisionsbasierten Beratung treten solle und die damit zusammenhängenden Auswirkungen auf die Beratungspraxis der Versicherungswirtschaft. Allgemein warb der Wirtschaftsrat für ein besseres Ansehen der Finanz- und Vermögensberater. Die Bereitschaft zum Abschluss einer privaten Altersvorsorge hänge entscheidend vom

Vertrauen der Kunden in die Berater ab. Mangelndes Vertrauen hat daher vor allem sozialpolitisch verheerende Folgen. Der Nutzen, den Kunden von der hohen Qualifikation der Berater haben, muss wieder stärker in den Vordergrund gestellt werden.

Unisex-Tarife – mehr Gerechtigkeit oder mehr Kosten?

Nach einem aktuellen Urteil des Europäischen Gerichtshofes müssen Versicherer ab Dezember 2012 für Männer und Frauen gleiche Leistungen bei gleichen Prämien anbieten. Obwohl Frauen durchschnittlich fünf

Jahre älter werden als Männer dürfen private Rentenversicherungen bei gleicher Prämie künftig Männern keine höheren Renten auszahlen. Dies hat unmittelbar zur Folge, dass sich private Rentenversicherungen für Männer nicht mehr lohnen. Diese und weitere praktischen Auswirkungen, die von der Einführung der sog. Unisex-Tarife auf die Kalkulation der Versicherer ausgehen werden, wurden Bundesministerin Aigner anschaulich vor Augen geführt.

Weitere Informationen zur Bundesarbeitsgruppe Netz- und Medi-

enpolitik finden Sie unter <http://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/8KMF2T-netz-und-medienpolitik-de>. Von dort gelangen Sie auch auf die Seiten des Expertenkreises „Internet und digitale Gesellschaft“. Informationen zu den Themen Alterssicherung und Gesundheitswirtschaft finden Sie unter <http://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/arbeitsmarkt-und-alterssicherung-de?open&ccm=200010036> und <http://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/47B18FD18DAECEC0C12577F200587C77>.

Günther Oettinger, EU-Kommissar für Energie zu Gast bei der Bundesfachkommission Energiepolitik:

Ausbau der Stromnetze in Europa auf die Überholspur setzen!

„Versorgungssicherheit muss im Zentrum der Energiewende stehen. Hierfür müssen wir den Ausbau der Stromnetze in Europa auf die Überholspur setzen“, forderte EU-Kommissar Günther Oettinger zur jüngsten Sitzung der Bundesfachkommission Energiepolitik des Wirtschaftsrates in Brüssel.

Ausbauziele bei erneuerbaren Energien erreichen wollen, benötigen wir eine stärkere Verzahnung der nationalen mit der europäischen Energiepolitik. Nur so können wir unsere Energieversorgung wieder stärker an Wettbewerb und Effizienz ausrichten“, erklärte Dr. Johannes Lambertz, Vor-

sitzender der Bundesfachkommission Energiepolitik des Wirtschaftsrates. „Entscheidend ist, dass der Industriestandort Deutschland auch in Zukunft eine global wettbewerbsfähige Energieversorgung besitzt.“

neue Stromleitungen zu straffen und binnen drei Jahren abzuschließen. Dies wäre nur möglich, wenn sich die Bundesländer in Deutschland besser untereinander abstimmen und den Verfahren im Planungsrecht Vorrang eingeräumt würde. „Es darf nicht sein, dass die Energiewende ins Stocken kommt, weil die Genehmigungen für neue Stromleitungen auf einem Stapel von Akten liegen geblieben sind,“ mahnte Oettinger.

Der Kommissar erörterte, wie der Ausbau der europäischen Stromnetze schneller vorangetrieben werden kann. Denn ohne eine leistungsfähige Energieinfrastruktur kann die Versorgungssicherheit langfristig nicht gewährleistet werden. Die Mitglieder diskutierten zudem gemeinsam mit Herbert Reul MdEP, Vorsitzender des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie im Europäischen Parlament, Karl Falkenberg, Generaldirektor der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission, und Peter Vis, Kabinettschef von Connie Hedegaard, EU-Kommissarin für Klimaschutz.



„Die Umsetzung der deutschen Energiewende darf nicht im nationalen Alleingang erfolgen. Wenn wir unsere

Energiepolitik ist Europapolitik!

„Die Umsetzung der deutschen Energiewende darf nicht im nationalen Alleingang erfolgen. Wenn wir unsere

Grundlagen für die Energiewende nicht durch Bürokratie ausbremsen!

Ziel muss es daher sein, Planungs- und Genehmigungsverfahren für

Fördermechanismen europaweit harmonisieren!

Die Energiepolitik muss wieder stärker an marktwirtschaftlichen Instrumenten orientiert werden. Angesichts der Schuldenkrise und knapper Kassen der Länder sowie Kommunen, ist es umso wichtiger, die Kosteneffizienz im Fokus zu behalten und die Neugestaltung der Fördersysteme voranzutreiben. Beim weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien müssen die effiziente Verteilung der Erzeugungsstandorte und der Wettbewerb der Technologien im Mittelpunkt stehen. Der Wirtschaftsrat setzt sich daher für die europaweite Harmonisierung der Fördermechanismen der Mitgliedstaa-

ten beim weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien ein.

Mehr Ressourceneffizienz ohne staatlichen Zwang!

Die EU-Kommission fordert in ihrem Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa, neben einer weiteren Steigerung des Recyclings und nachhaltigem Management umweltbezogener Ressourcen die Substitution ausgewählter Materialien, ein neues Produktdesign sowie eine Vielzahl marktbasierter Instrumente, um die Ressourceneffizienz zu erhöhen. Es ist

jedoch zu kurz gedacht, durch überzogene Ressourceneffizienzziele die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Industrie zu gefährden. Denn gerade die deutsche Industrie trägt mit ihren innovativen Produkten und Technologien ganz entscheidend zur Steigerung der Ressourceneffizienz bei.

Keine Steuern auf Ressourcen!

Der Wirtschaftsrat setzt sich für eine verantwortungsvolle Ressourcenpolitik ein, die nicht zur De-Industrialisierung führt. Notwendig sind pra-

xistaugliche Regelungen, die sich am technisch Machbaren orientieren. Absolute Reduktionsziele sind hierbei nicht zielführend. Wichtiger wäre es, die bisher freiwillig erreichten Ressourceneinsparungen der Unternehmen zu analysieren und stärker zu berücksichtigen. Der Wirtschaftsrat spricht sich zudem gegen die Einführung von Rohstoffsteuern und ähnlichen Instrumenten aus, die massive Preissteigerungen mit sich bringen würden und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie nachhaltig gefährden.

1. Nordhessischer Wirtschaftstag: Energie – Verkehr - Infrastruktur

„Deutschlands Großprojektfähigkeit soll offenbar von Minderheiten beerdigt werden. Dabei wäre sie einer der wichtigsten Rohstoffe für unser Land“, sagte Prof. Hans Helmut Schetter, Vizepräsident und Landesvorsitzender Hessen des Wirtschaftsrates, zur Eröffnung des 1. Nordhessischen Wirtschaftstages. Für ihn ist der Standard einer Gesellschaft gleichbedeutend mit dem Standard der Verkehrsinfrastruktur. Als Beispiel für gescheiterte oder umkämpfte Großprojekte nannte Prof. Schetter den Transrapid, Stuttgart 21 und die geplante Schnellbahnstrecke am Oberrhein. Der Treiber einer leistungsfähigen Gesellschaft liege in Wachstum und Innovation begründet. Und Deutschland habe die Kraft für zukunftsweisende Ingenieurleistungen. Mehr als 150 Mitglieder des Wirtschaftsrates sowie prominente Redner und Gäste aus der Politik folgten der Einladung ins Technik-Museum in Kassel, um über die Themen Energie, Verkehr und Infrastruktur zu diskutieren.

„Mit Kleinkraftwerken werden wir den Industriestandort Deutschland kaum erhalten können“, sagte Prof. Schetter mit Blick auf die Energiewende. Er empfahl Hessen, statt Windräder in die eher windarmen Gegenden des Landes zu stellen, sich an Offshore-Windparks in der Nordsee zu beteiligen. Ohne Großpro-

jekte werde die Energiewende nicht zu stemmen sein. Deutliche Worte richtete Prof. Schetter an die CDU-Partei: Das Abschalten von sieben Kernkraftwerken etwa habe eine fatale Wirkung in der Öffentlichkeit gezeitigt. Die Menschen glaubten nun, die Kernkraftwerke seien ohnehin überflüssig gewesen und hätten nur dem Gewinnstreben der Energieversorger gedient.

Bertram Hilgen, Oberbürgermeister der Stadt Kassel, und Dr. Walter Lübcke, Regierungspräsident Kassel, lobten die „großartige Entwicklung“ Kassels

die jüngsten Krisen überdurchschnittlich gut überstanden. Kassel verstehe sich als moderner Industriestandort: Industrie, erneuerbare Energien und Unternehmen für effizienten Energieeinsatz stellten die wichtigsten Standbeine dar.

Einig waren sich die Diskutanten des Podiums Verkehr und Infrastruktur darin, dass der Breitbandausbau in Nordhessen unbedingt deutlich schneller vorankommen müsse. Unternehmer seien auch auf dem Land auf schnelle, zuverlässige Internetanbindungen angewiesen. Ein weiteres

Thema war der Ausbau des Flughafens Kassel-Calden. Er wurde als schnelle, notwendige Verbindung international agierender Unternehmen in Kassel zu ihren Märkten gelobt. Deshalb sei insbesondere für den Logistikstandort Nordhessen auch eine gute Verkehrsinfrastruktur notwendig. Unter der Moderation von Horst

Seidenfaden, Chefredakteur der Hessisch-Niedersächsischen Allgemeine, diskutierten Dr. Walter Lübcke, Regierungspräsident Kassel; Ulrich Caspar MdL, Verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im hessischen Landtag;



und Nordhessens seit 2005. Das Gewerbesteueraufkommen pro Kopf läge in Kassel höher als beispielsweise in Stuttgart, die Arbeitslosigkeit habe sich von 20 Prozent 2005 bis heute halbiert, sagte Hilgen. Die Region habe

Jörg Ries, Sprecher der Geschäftsführung, Flughafen GmbH Kassel; Diethelm Sack, Vorstand der Deutschen Bahn AG a.D. und Vorsitzender der Landesfachkommission Verkehr, Infrastruktur und Logistik des Wirtschaftsrates Hessen.

Auf dem Podium „Zukunftsmarkt regenerative Energieerzeugung und Elektromobilität“ diskutierten unter der Moderation von Claus Peter Müller-Von der Grün, Redakteur der Frankfurter Allgemeinen, Mark Weinmeister, Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz; Dirk Fräger, Geschäftsführender Gesellschafter Fräger GmbH; Dr. Till Jeske, Geschäftsführer vortex energy GmbH & Co. KG sowie Volker Wachenfeld, Executive Vice President Divion Off-Grid Solution, SMA So-

lar Technology AG. Im Zentrum des Gesprächs stand die Energiewende der Bundesregierung mit ihren Auswirkungen. Alle Podiumsteilnehmer waren sich darin einig, dass Deutschland nach dem schneller beschlossenen Ausstieg aus der Kernkraft eine neue Brückentechnologie basierend auf Gas und Dampf brauche und nicht Atomstrom aus Tschechien oder Frankreich importieren dürfe. Vielmehr gelte es nun die Energiewende in Angriff zu nehmen. Hier sei die Politik gefordert, beim Netzausbau für mehr Akzeptanz in der Bevölkerung zu werben.

Der hessische Finanzminister Dr. Thomas Schäfer sagte, dass derzeit die Grundfesten unseres Staates erschüttert würden. „Wir Bürger haben den Staat nicht daran gehindert, Jahrzehnt um Jahrzehnt Schulden zu

machen und immer mehr Geld auszugeben, als eingenommen wurde,“ so Schäfer. Es sei ein Irrglaube, dass Staaten nicht pleitegehen könnten. Erst die jüngsten Geschehnisse in Europa hätten uns aufgeweckt. Jetzt sei es nicht zuletzt an Deutschland, den EU-Ländern Chancen zu verschaffen, ihre Probleme zu lösen und ihnen Vorbild zu sein. Ein Schritt in diese Richtung sei die im Grundgesetz festgeschriebene Schuldenbremse – ein Vorbild für die Europäische Union.

Die hessische Staatministerin für Wissenschaft und Kunst, Eva Kühne-Hörmann MdL betonte die guten Chancen der Stadt Kassel als wichtiger Museums- und Wissenschaftsstandort. Als positiv für Kassels Zukunft wertete sie auch, dass der Bergpark Wilhelmshöhe als Weltkulturerbe angemeldet worden sei.

Neues mobiles Angebot für Smartphones: **WR-App**

Der Wirtschaftsrat hat sein Online-Angebot erweitert und eine App entwickelt. So haben Sie ab sofort auch mobil die Möglichkeit, sich einfach, schnell und komfortabel über aktuelle Themen des Wirtschaftsrates und anstehende Veranstaltungen auf Bundes- und Landesebene sowie der Juniorenkreise zu informieren.

Exklusiv für unsere Mitglieder bietet die WR-App eine bundesweite Veranstaltungssuche mittels Google-Maps mit direkter Anmeldemöglichkeit sowie Informationen zu Ihren persönlichen Interessenschwerpunkten und Landesverbänden. Die Funktionen stehen Ihnen nach Eingabe Ihres Benutzernamens sowie persönlichen Passwortes zur Verfügung und sind für das mobile Angebot identisch mit Ihren Benutzerdaten für den Mitgliederbereich unserer Internet-Plattform www.wirtschaftsrat.de.



(© Anna Khomulo - Fotolia.com, © webdelux - Fotolia.com, © RTimages - Fotolia.com)

Für Nutzer von iPhones und Android-Smartphones steht eine Native-App kostenlos (lediglich für die Datenübertragung können Gebühren gemäß individuellem Mobilfunkvertrag entstehen) zum Download direkt in den jeweiligen Stores zur Verfügung. Für Blackberrys und andere gängige

Smartphones steht eine Web-App unter <http://m.wirtschaftsrat.de> bereit.

Auch in Zukunft kann, aufgrund des Einsatzes modernster Web-Technik, direkt auf neue Versionen, Funktionen und Geräte in der sich schnell entwickelnden mobilen Welt reagiert werden. Zudem werden schrittweise weitere Funktionen umgesetzt, wie zum Beispiel Videostreams, Dialognachrichten und Push-Dienste.

Ob iPhone, Android oder BlackBerry – laden Sie die neue WR-App auf Ihr Smartphone und erleben Sie den Wirtschaftsrat mobil!

Weitere Informationen finden Sie unter www.wirtschaftsrat.de.

**Den Mitgliedern, Freunden und Ratgebern des Wirtschaftsrates
sowie ihren Angehörigen
wünschen wir ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest sowie ein
glückliches, gesundes und beruflich wie persönlich erfolgreiches Neues Jahr.**

**Wir danken für Ihre Unterstützung und Ihr Engagement und freuen uns,
die gemeinsame politische Arbeit auch 2012 mit Erfolg fortführen zu können.**

**Präsidium, Bundesvorstand,
Geschäftsführung und Mitarbeiter des Wirtschaftsrates der CDU e.V.**

Veranstaltungskalender

12. Dezember 2011

Stuttgart, Juniorenkreis, „Weihnachtsgans-Essen“

12. Dezember 2011

Hamburg, Sektion Hamburg, Jour Fixe für Mitglieder mit Senatorin Barbara Kisseler, Präses der Kulturbehörde: „Kultur als Motor der Stadtentwicklung“

12. Dezember 2011

Dresden, Landesverband Sachsen, „Perspektiven für die Regionen nach der Energiewende“, Sven Morlok, Staatsminister, Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr: „Energie- und Klimaprogramm des Freistaates Sachsen“, Dr. Andreas Klossek, Referent des Direktors, Helmholtz-Institut Freiberg für Ressourcentechnologie: „Der Beitrag des Helmholtz-Institutes Freiberg für die Rohstoffsicherung Deutschlands und insbesondere Sachsens“. Begrüßung, Einleitung und Moderation: Dr. Rüdiger Schwarz, Vorsitzender der Landesfachkommission Rohstoffe im

Wirtschaftsrat Deutschland, Landesverband Sachsen und Mitglied im Bundesvorstand des Wirtschaftsrates Deutschland

12. Dezember 2011

Bad Nauheim, Sektion Wetterau, Weihnachtsfeier der Sektion Wetterau mit dem Sektionssprecher German Halcour und Französischem Weihnachtsbuffet

12. Dezember 2011

Hannover, Landesverband Niedersachsen, vorweihnachtliches Abendessen der niedersächsischen Firmenmitglieder mit dem Niedersächsischen Ministerpräsidenten David McAllister MdL

13. Dezember 2011

Tuttlingen, Sektion Rottweil/Tuttlingen, Dr. Martin Leonhard, Leiter Technologiemanagement, KARL STORZ GmbH & Co. KG Tuttlingen: „Operieren ohne sichtbare Narben“. Führung durch das neue Besucherzentrum und anschließender Vortrag

13. Dezember 2011

Hamburg, Sektion Hamburg, Hilmar Kopper, Vorsitzender des Aufsichtsrates, HSH Nordbank AG: „Brauchen wir wieder mehr Staat?“

13. Dezember 2011

Frankfurt/Main, Landesverband Hessen, „Sitzung der LFK Finanzen“ mit Kommissionssprecher Dr. Carsten Lehr

13. Dezember 2011

Donaueschingen, Sektion Villingen-Schwenningen/Donaueschingen, „Jahresausklang der Sektion Villingen-Schwenningen/Donaueschingen 2011

13. Dezember 2011

Römerstein-Zainingen, Sektion Reutlingen/Tübingen, „Jahresausklang und Mitgliederammtisch“

14. Dezember 2011

Frankfurt, Landesverband Hessen, u.a. mit Dr. Michael Munsch, Mitglied des Vorstands der Creditreform Rating AG

und Thomas Dorbert, Partner KPMG: „LFK Mittelstand: Vortrag zum Thema „Rating im Mittelstand““

14. Dezember 2011

Bremen, Sektion Bremen, „Weihnachtsessen Juniorenkreis des Wirtschaftsrates Bremen“

14. Dezember 2011

Hamburg, Sektion Hamburg, Jahresausklang-Veranstaltung des Juniorenkreises

14. Dezember 2011

Bottrop, Sektion Bottrop, Gastredner: Prof. Dr.-Ing. Marcus Rehm, Leiter Institut Energiesysteme und Energiewirtschaft Hochschule Ruhr West: „Wege aus der Energiekrise? Labor-Kohle aus Biomasse - Forschung an der HRW“

14. Dezember 2011

Rüsselsheim, Sektion Mainz-Rheinhausen, Frau Bender führt durch die Ausstellung mit Werken von Rodin, Giacometti, Modigliani u.a.: „Linie und Skulptur im Dialog“. Anschließend gemeinsames Abendessen im „Restaurant Christian Buer“ im Hause der Opel-Villen

14. Dezember 2011

Berlin, Sektion Berlin, Handwerk hat goldenen Boden - Bäckereibesichtigung, Dresdner Feinbäckerei

15. Dezember 2011

Erfurt, Sektion Erfurt, „Andreas Bau-sewein, Oberbürgermeister der Stadt Erfurt, im Dialog“

15. Dezember 2011

Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, „Landesvorstandssitzung“

15. Dezember 2011

Ludwigsburg, Sektion Ludwigsburg, Prof. Dr. Claudia M. Buch, Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Universität Tübingen: „Banken reguliert = Makro-ökonomische Risiken gebannt?“

15. Dezember 2011

Wiesbaden, Sektion Wiesbaden, Vortrags- und Diskussionsveranstaltung zum Thema: „Wann platzt der Kessel

„Eurozone?“ mit Dr. Carsten Lehr, Geschäftsführer, Bundesrepublik Deutschland-Finanzagentur GmbH

15. Dezember 2011

Kaiserslautern, Sektion Kaiserslautern/Südwestpfalz, Führung durch die Pfalz-Galerie mit Frau Dr. Britta Buhlmann

15. Dezember 2011

Kaiserslautern, Sektion Kaiserslautern/Südwestpfalz, „Mitglieder-versammlung mit Neuwahlen des Sektionsvorstandes“

15. Dezember 2011

Limburg, Sektion Limburg-Weilburg, mit dem Sektionssprecher Thomas Breser: „Sektion Limburg: Mitglieder-versammlung und Jahresausklang“

15. Dezember 2011

Bodenheim, Sektion Mainz-Rheinhausen, „Weihnachtsgans-Essen des Juniorenkreises Rheinland-Pfalz“

15. Dezember 2011

Berlin, Juniorenkreis Berlin-Brandenburg, Weihnachtsfeier, Gendarmenmarkt

16. Dezember 2011

Cottbus, Sektion Südbrandenburg, Christian Lissina, Vorsitzender des Vereins Sicherheit und Artenschutz e.V.: „Peter und der Wolf (Teil 1) - Kritische Bemerkungen zur Ansiedlungspolitik von Wolfsrudeln in Brandenburg und Sachsen“

19. Dezember 2011

Neumünster, Landesverband Schleswig-Holstein, Minister Jost de Jager, Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, Spitzenkandidat der CDU Schleswig-Holstein zur Wahl des Ministerpräsidenten: „Erweiterte Landesvorstandssitzung“

19. Dezember 2011

Mainz, Sektion Mainz-Rheinhausen, „Treffen der Landesfachkommission Mainz/Rheinhausen“

19. Dezember 2011

Hannover, Juniorenkreis, Mitglieder-

versammlung einschließlich Neuwahlen des Landesvorstandes

05. Januar 2012

Bremen, Sektion Bremen, Frau Prof. Dr. Jutta Limbach, von 1994 - 2008 Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts: „Neujahrsempfang 2012“

05. Januar 2012

Buchholz-Steinbeck, Sektion Lüneburg-Nordheide, Unternehmerfrühstück zum Thema „Fachkräftemangel in Niedersachsen stärker bekämpfen“ mit Aygül Özkan, Niedersächsische Ministerin für Soziales, Frauen, Gesundheit und Integration

09. Januar 2012

Wetzlar, Sektion Wetzlar-Dillenburg, mit dem Sektionssprecher Dr. Heinrich-Hermann Schulte: „Sektion Wetzlar: Vortrags- und Diskussionsveranstaltung“

09. Januar 2012

Hanau, Sektion Main-Kinzig, mit dem Sektionssprecher Gerd Robanus: „Wirtschaftsstammtisch Hanau“

10. Januar 2012

Montabaur, Sektion Westerwald, Achim Schwickert, Landrat des Westerwaldkreises: „Privatisierung kommunaler Aufgaben am Beispiel des Westerwaldkreises“

10. Januar 2012

Düsseldorf, Juniorenkreis Nordrhein-Westfalen, Round Table

12. Januar 2012

Hannover, Landesverband Niedersachsen, Sitzung des Landesvorstandes und Gespräch mit dem Niedersächsischen Kultusminister Dr. Bernd Althusmann

12. Januar 2012

Hamburg, Sektion Hamburg, Jour Fixe für Mitglieder mit Carl Edgar Jarchow, Vorsitzender des Vorstandes Hamburger Sport-Verein e.V.

13. Januar 2012

Leipzig, Neujahrsempfang des Landesverbandes Sachsen mit Michael Kretschmer MdB, Generalsekretär

der Sächsischen Union und Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Bildung, Forschung, Kunst, Kultur und Medien; Prof. Dr. Carl H. Hahn, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Volkswagen AG

13. Januar 2012

Wetzlar, Sektion Wetzlar-Dillenburg, mit dem Sektionssprecher Dr. Heinrich-Hermann Schulte: „Unternehmerfrühstück der Sektion Wetzlar“

15. Januar 2012

Hamburg, Sektion Hamburg, Friedrich Merz, Vorsitzender Atlantik Brücke e.V.: „Neujahrsempfang“

16. Januar 2012

Frankfurt/Main, Landesverband Hessen, unter Leitung des Kommissionsprechers Prof. Carl-Alexander Graubner: „Sitzung der LFK Bildung“

17. Januar 2012

Landesverband Baden-Württemberg, „Neujahrsempfang“

IMPRESSUM

Herausgeber:

Wirtschaftsrat der CDU e.V.
Luisenstraße 44, 10117 Berlin

Telefon: (0 30) 2 40 87-0
Telefax: (0 30) 2 40 87-205

www.wirtschaftsrat.de
intern@wirtschaftsrat.de

Verantwortlich:

Wolfgang Steiger
Dr. Rainer Gerding

Redaktion:

Dirk Freigang
Dr. Holger Fricke
Claudia Gellert
Annika Herzner
Tobias Koppitz
Katja Sandscheper
Marius Schwabe
Björn Spiegel
Simon Steinbrück
Lydia Wartewig

17. Januar 2012

Wiesbaden, Sektion Wiesbaden, mit Herrn Peter Beuth MdL, Generalsekretär der CDU: „Sektion Wiesbaden: Besichtigung des Hessischen Landtags“, Ausklang mit Abendessen

18. Januar 2011

Hannover, Sektion Hannover und Juniorenkreis, Besuch des Niedersächsischen Landtages und Diskussion mit Abgeordneten

18. Januar 2012

Frankfurt/Main, Landesverband Hessen, unter der Leitung des Arbeitsgruppensprechers Gerd Robanus: „Sitzung des Arbeitskreises, „Mehr Privat für einen starken Staat“

18. Januar 2012

Neuss, Sitzung des Arbeitskreises Pharma der Landesfachkommission Gesundheitswirtschaft

19. Januar 2011

Hannover, Landesverband Niedersachsen, konstituierende Sitzung der Landesfachkommission Verkehrsinfrastruktur und Ansiedlung

23. Januar 2012

Frankfurt/Main, Landesverband Hessen, unter Leitung des Kommissionsprechers Dieter Bögel: „Sitzung der LFK Gesundheit“

24. Januar 2012

Waldenbuch, Sektion Böblingen/Sindelfingen/Leonberg, Alfred T. Ritter, Vorsitzender der Geschäftsführung der Alfred Ritter GmbH & Co. KG Waldenbuch: „Ökologie und Ökonomie – Ökologisches Engagement der Alfred Ritter GmbH & Co. KG“

25. Januar 2012

Dresden, Veranstaltung der Sektion Dresden zum Thema „Wirtschaftliche Zielstellungen der Landeshauptstadt Dresden für das Jahr 2012“ mit Dirk Hilbert, amtierender Oberbürgermeister und Beigeordneter für Wirtschaft der Landeshauptstadt Dresden

25. Januar 2012

Frankfurt, Landesverband Hessen, Juniorenkreis, mit Ingmar Jung,

Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst: „Juniorenkreises: Vortragsveranstaltung“

25. Januar 2012

Brandenburg, Sektion Brandenburg, Neujahrsempfang, Dr. Michael Fuchs, MdB, Stv. Fraktionsvorsitzender/Ehrenvorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand, CDU/CSU-Fraktion, Deutscher Bundestag

26. Januar 2011

Hannover, Landesverband Niedersachsen, Landesfachkommission Gesundheitswirtschaft mit Enno Gosling, Abteilungsleiter Gesundheit im Niedersächsischen Sozialministerium

30. Januar 2012

Ahrensburg, Sektion Stormarn, Norbert Brackmann MdB, Mitglied im Bundesfinanzierungsgremium des Deutschen Bundestags: „Der Bundeshaushalt zwischen ‚Schuldenbremse und Schuldenkrise – Zwischenbilanz und Perspektiven“

30. Januar 2012

Frankfurt/Main, Landesverband Hessen, unter Leitung des Kommissionsprechers Dieter Bögel: „Sitzung des Steuerungskreises der LFK Gesundheit“

31. Januar 2012

Düsseldorf, Sektion Düsseldorf, „Neujahrsempfang“

31. Januar 2012

Flensburg, Sektion Flensburg/Schleswig, Johannes Callsen MdL, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, Joachim Harms-Abildgaard, Qualitäts- und Umweltmanager Nord-Schrott GmbH & Co. KG, Gero Storjohann MdB, Mitglied im Verkehrsausschuss der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jan Thordsen, Geschäftsführer ATR Landhandel GmbH Moderation: Volker Jahnke, Abteilung Logistik nördliche Metropolregion Logistik-Initiative Hamburg e.V. (angefragt): „Europäische Logistikströme an den Grenzen der deutschen Bürokratie“